

U20

Bittersüsse Politik

Ob bei der Arbeit oder am Esstisch, Politik ist ein beliebtes Gesprächsthema – und ein Pulverfass! Meinungen, Ideologien und Persönlichkeiten krachen aufeinander, es wird emotional angegriffen und noch emotionaler verteidigt. Freude auf der Rechten, Frustration auf der Linken – der Grat ist schmal. Man ist erfüllt, wenn man für seine Werte einstehen kann. Und beschämt, wenn die eigene Meinung nicht akzeptiert wird.

Ich finde es problematisch, in welcher Form ich in letzter Zeit Politik begegne. Es widert mich an, wie unsachlich und emotional oftmals diskutiert wird. Was ich nicht ausstehen kann, ist, wenn man mit ungeprüften Fakten und Zahlen um sich wirft. Vor allem bei Jungen, die viel Zeit auf Social Media verbringen, ist heikles «social-media knowledge» weit verbreitet. Sich eine Meinung zu bilden, ist wichtig. Es ist jedoch genauso wichtig, dass diese «richtig» gebildet wird, im Idealfall mithilfe mehrerer neutraler Medien. Plattformen wie Tiktok oder Instagram identifizieren passende Videos für Nutzende mithilfe eines Algorithmus, um sie möglichst lange an die Plattform zu binden. Die Nutzenden konsumieren so Inhalte, die bereits ihrer Ideologie und ihrem Weltbild entsprechen.

«Schlagabtausch» können unnötige Konflikte hervorrufen, wenn sie nicht auf respektvolle und sachliche Weise geschehen. Bei einer Diskussion sollte das Ziel sein, Gedanken auszutauschen und sich auf vertrauenswürdige Quellen zu stützen, anstatt das Gegenüber von der eigenen Meinung zu überzeugen und ungeprüfte Informationen oder aus dem Kontext gerissene Statistiken zu verwenden. Ebenso sollte man unterschiedliche Perspektiven akzeptieren, ohne andere herabzusetzen. Emotionen gehören zur Politik dazu, doch eine faire und sachliche Auseinandersetzung kann nur gelingen, wenn Respekt und Offenheit gegeben sind. Nur wenn wir bereit sind, zuzuhören und unsere eigenen Ansichten zu hinterfragen, können wir wirklich voneinander lernen.



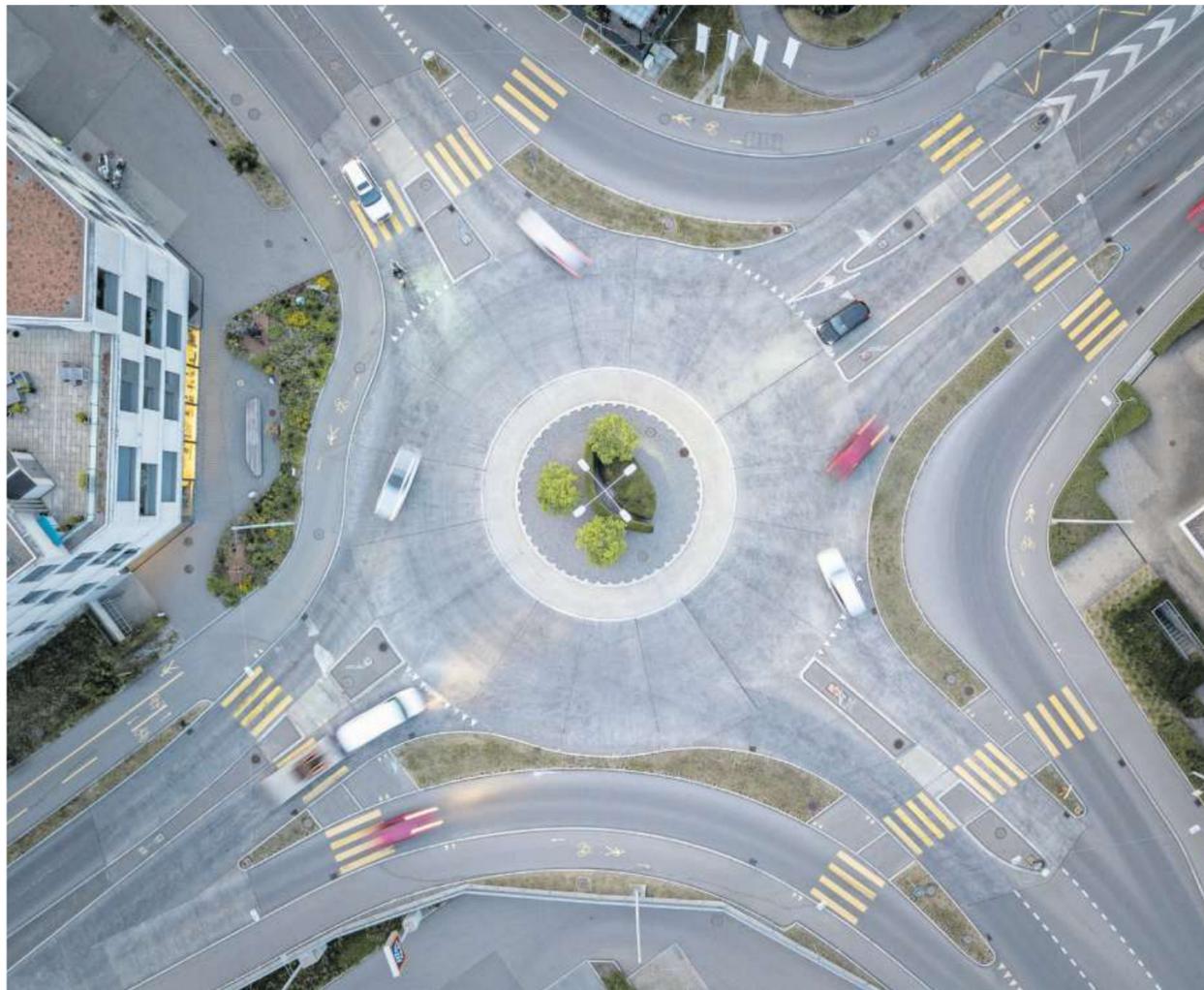
Samuel Getzmann, KS Sursee
kanton@luzernerzeitung.ch

Hinweis

Samuel Getzmann ist 17 Jahre alt und Schüler an der Kantonschule Sursee. In der U20-Kolumne äussern sich jeweils alle zwei Wochen Lernende von Kantonschulen zu einem frei gewählten Thema. Ihre Meinung muss nicht mit derjenigen der Redaktion übereinstimmen.

Ampeln bleiben im Rennen

Der Kanton will die Ringstrasse in Sursee entlasten und hält an einer umstrittenen Lösung fest.



Beim Chottenkreisel könnten künftig Ampeln den Verkehr regeln, um die Ringstrasse zu entlasten.

Bild: Pius Amrein (Sursee, 19. 7. 2022)

Jonas Hess

Sursee leidet seit Jahren unter Verkehrsproblemen. Besonders die Ringstrasse zwischen dem Chotten- und dem Münsterkreisel ist zu Spitzenzeiten ein Flaschenhals. Nicht nur Pendlerinnen und Handwerker müssen regelmässig mit Verspätungen leben, auch der öffentliche Verkehr ist davon betroffen. Für Romeo Venetz «besteht Handlungsbedarf». Der Surseer Bauvorsteher sagt, die Busse würden regelmässig zu spät am Bahnhof ankommen. Das sei nicht nur für Sursee ein Problem, sondern für die gesamte Region.

Lösungsvorschläge, wie die Ringstrasse entlastet werden könnte, gab es in der Vergangenheit mehrere. So sorgte eine Verkehrsstudie für Aufruhr, die vorschlug, die zahlreichen Kreisel in Sursee in Knoten mit Lichtsignalen umzubauen. Auch eine Busstrasse war schon im Gespräch. Beide Massnahmen wurden bisher nicht umgesetzt. Venetz: «Man spricht immer wieder davon, dass Sursee das zweite Zentrum im Kanton ist. Wir wollen daher, dass bald auch verkehrstechnische Lösungen für diese Region realisiert werden.»

«Im Moment fühlen wir uns ernst genommen»

Was der Mitte-Stadtrat damit sagen will: Die Region Sursee war bisher nicht glücklich darüber, wie die verschiedenen kantonalen Verkehrsprojekte priorisiert wurden. Auch die Kommunikation des Kantons hat in der Vergangenheit für Kri-

«Der Kantonsingenieur hat aus erster Hand gehört, was vor Ort beschäftigt.»



Romeo Venetz
Surseer Bauvorsteher

tik gesorgt. Der Bevölkerung sei zu wenig erklärt worden, warum gewisse Massnahmen – wie etwa die erwähnte Kreiselumgestaltung – aufs Tapet gebracht wurden. Das habe sich aber geändert, sagt Venetz. «Im Moment sind wir in das laufende Projekt gut eingebunden und fühlen uns ernst genommen.»

Das hat auch damit zu tun, dass der Surseer Bauvorsteher kürzlich zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus den umliegenden Gemeinden und der Bevölkerung am «Forum Ringstrasse» teilnehmen konnte. Die Veranstaltung in der Stadthalle Sursee fand im Rah-

men des Projekts «Optimierung Gesamtverkehr Sursee» (OGV) statt. Rund 100 Personen nahmen an diesem Mitwirkungsprozess teil. Zugegen war auch Kantonsingenieur Gregor Schwegler. Für Venetz ein weiterer Beweis, dass der Kanton die Anliegen der betroffenen Gemeinden ernst nimmt. «Er hat aus erster Hand gehört, was vor Ort beschäftigt.»

Wie der Kanton im Nachgang mitteilte, haben externe Planer ein Betriebs- und Gestaltungskonzept für die besonders stark belastete Ringstrasse vorgestellt. Die Teilnehmenden konnten in Gruppen darüber diskutieren und Rückmeldungen geben. «Das Planerteam und die Projektleitung nehmen diese Inputs für die nächste Phase auf und integrieren sie nach Möglichkeit bei der Weiterentwicklung», erklärt Projektleiter Daniel Ender von der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) auf Anfrage.

Umstrittener Kreiselumbau bleibt zentral

Das Projekt OGV basiert gemäss Ender weiterhin auf der erwähnten Verkehrsstudie von 2022. «Aufgrund der Resultate der Studie geht der Kanton davon aus, dass einige der heutigen Kreisel entlang der Ringstrasse in den nächsten 20 Jahren durch Lichtsignalanlagen ersetzt werden müssen, wenn der Verkehr gemäss den Prognosen zunimmt.» Das Planerteam werde diesen Ansatz weiter vertiefen, so Ender. Das Thema sei am Forum diskutiert worden, «aber noch nicht im Detail.»

Auf die Frage, was die Teilnehmenden am meisten beschäftigt hat, nennt Ender den Wunsch nach schnellen Zwischenlösungen auf und neben der Ringstrasse und einer Verbesserung der ÖV-Situation. «Auch die Problematik des Ausweichverkehrs in den Quartieren wurde oft notiert.» Zudem hätten viele wissen wollen, wie der Transitverkehr langfristig geführt wird.

Zwei weitere Foren bis zur Bestvariante

Allen Ansprüchen gerecht zu werden, sei eine der grossen Herausforderungen des Projekts, sagt Romeo Venetz. «Besonders wenn man sieht, was dieses Strassenstück alles leisten soll.» Es gebe jene, die möglichst schnell den Autobahnzubringer erreichen wollten. Andere würden mehr Wert auf eine stadtverträgliche Lösung legen. Aus diesem Grund sei es sehr wichtig, dass der Kanton den Ball aufgenommen habe. «Ich denke, damit wird ein Beitrag geleistet, damit die Leute besser verstehen, wo welche Lösung Sinn ergibt.»

Das Forum stelle sicher, «dass verschiedene Sichtweisen und Prioritäten der Region berücksichtigt werden», sagt Projektleiter Ender. Das sollen zwei weitere Foren am 20. September sowie zwischen Februar und März 2026 sicherstellen. «In den nächsten Foren wird es um die Vorstellung der Lösungsvarianten gehen.» Beim letzten Termin würden die prioritären Varianten verglichen. Die Bestvariante soll voraussichtlich Ende 2026 vorliegen.

Polit-Werbung liberalisiert

Vernehmlassung Wer ein Plakat oder eine Fahne mit einem politische Statement aufhängen möchte, musste sich bisher an einen strikten Zeitrahmen halten. Nur sechs Wochen vor bis fünf Tage nach einer Wahl oder Abstimmung waren solche Transparente bewilligungsfrei.

Der Regierungsrat will diese Praxis ändern und politische Werbung, «die keinen direkten Bezug zu einem bestimmten Wahl- oder Abstimmungstag aufweist», auch ausserhalb dieser Frist zulassen. Zumindest «solange Grundvoraussetzungen wie bestimmte Dimensionen sowie das Einverständnis der Grundeigentümerschaft eingehalten werden», heisst es in einer Mitteilung. Der Grund für die Änderung hänge damit zusammen, dass sich die bisherige Regelung als kaum durchsetzbar erwiesen habe.

Bewilligungsfreie Reklamen in Arbeitszonen

Zusätzlich hat die Exekutive beschlossen, dass auch unbeleuchtete, an der Fassade angebrachte Firmenanschriften und Eigenreklamen in Arbeitszonen bewilligungsfrei angebracht werden können.

Die Regierung hat die Anpassungen in der Reklameverordnung in die Vernehmlassung gegeben, die am 4. April startete und bis 4. Juli dauern wird. Der Anstoss zur Liberalisierung bei Reklamen gaben zwei Postulate aus dem Kantonsrat von Vroni Thalman (SVP) und Rosy Schmid (FDP). (jh)

Vieh-Gesetz abschaffen

Vorstoss FDP-Kantonsrat Philipp Bucher (Dagmersellen), will einen alten Zopf abschneiden. Es geht um das sogenannte Luzerner Viehver sicherungsgesetz aus dem Jahr 1946 und um die dazugehörige Vollziehungsverordnung. Bucher fordert in einer Motion die ersatzlose Streichung dieses Gesetzes.

Das Viehver sicherungsgesetz hatte ursprünglich den Zweck, den Eigentümern von Rindvieh, Schafen und Ziegen den Schaden weitgehend zu ersetzen, den sie durch Krankheit und Unfall mit nachfolgendem Tod oder notwendig gewordener Schlachtung erlitten hatten. «Dazu wurde der Kanton in Versicherungskreise eingeteilt, die in der Regel aus den politischen Gemeinden bestanden», schreibt Bucher in seiner Motion. Innerhalb dieser Versicherungskreise konnten die Vieh-Eigentümer Viehver sicherungskassen errichten. Diese waren laut Bucher meist als Genossenschaften organisiert.

Mittlerweile bestehen im Kanton Luzern keine solchen Viehver sicherungskassen oder Viehver sicherungsgenossenschaften mehr. «Die Risiken im Zusammenhang mit der Viehhaltung können durch entsprechende Versicherungen am Markt abgedeckt werden», schreibt Bucher in der Motion weiter. (sb)